

Schluss mit der Überwachung

Rücktritt von Polizeipräsident Kruse und Verfassungsschutzleiter Wargel –
sofortige und rückstandslose Löschung gesammelter Daten auf Grundlage links-politischer
Betätigung!

Der niedersächsische Verfassungsschutz bespitzelt seit über zehn Jahren einen freien Göttinger
Journalisten. Die Anwesenheit an drei Göttinger Demos der linken Szene zu Recherchezwecken,
sowie seine Arbeit fürs Göttinger Stadtradio dienten dabei als Begründung.

„Das ist staatliche Überwachung der Presse, die demokratische Grundsätze verletzt!“, kritisiert ein
Mitglied der GRÜNEN JUGEND Göttingen (GJgoe). „Eine unabhängige Presselandschaft ist
elementarer Bestandteil einer freien und demokratischen Gesellschaft. Journalistische Arbeit muss
ohne Angst vor Bespitzelungen und Repression möglich sein!“ Die Verzahnung von Polizei und
Verfassungsschutz ist an diesem Fall exemplarisch. So wird aus der Akte ersichtlich, dass die
Polizei Daten an den Verfassungsschutz weitergegeben hat. Vor dem Hintergrund der personellen
Überschneidungen von Verfassungsschutz und Göttinger Polizei wird diese Datenweitergabe noch
problematischer. So tauschten ehemaliger Polizeipräsident Hans-Werner Wargel und ehemaliger
Leiter des niedersächsischen Verfassungsschutzes Robert Kruse ihre Plätze. „Dass diese personelle
Überschneidung kurze, informelle Wege der Datenweitergabe provoziert, ist ja wohl ersichtlich.
Aus der Geschichte sollten wir gelernt haben, eine Verzahnung zwischen Geheimdienst und Polizei
zu verhindern! Die gemeinsame Repression durch Verfassungsschutz und Polizei nimmt immer
weiter zu und ist schon längst nicht mehr zu ertragen“, empört sich ein Mitglied der GJ Göttingen.

„Wenn sogar die freie Presse bespitzelt wird, ist es Zeit, dass Kruse und Wargel zurücktreten, um
diese Verzahnung zu beenden!“ Die Personalverantwortlichkeiten müssen geklärt und die
entsprechenden Konsequenzen gezogen werden. Dieser jüngst bekannt gewordene Fall reiht sich
ein in eine Vielzahl von Repressalien gegen Göttinger Aktivist_innen, wie z.B.
Hausdurchsuchungen, DNA-Entnahme oder Verbot von Blockadetrainings. Davon sind viele
juristisch fragwürdig und demokratisch nicht gerechtfertigt. Die zwanghafte Entnahme der DNA
eines Aktivisten wurde im Nachhinein durch ein Gericht als unnötigen Eingriff in die
Persönlichkeitsrechte bewertet. „Es ist dringend notwendig, dass der Verfassungsschutz sofort und
rückstandslos alle gesammelten Daten auf der Grundlage links-politischer Betätigung löscht. Uns
stellt sich die Frage, welchen sinnvollen Beitrag ein repressiv und illegal arbeitender
Verfassungsschutz wirklich für eine freie und demokratische Gesellschaft darstellt“, ärgert sich ein
Mitglied der GJ Göttingen.

Kontakt bei Rückfragen: goettingen@gj-nds.de